

Medienmitteilung

Unionsbürgerrichtlinie und Personenfreizügigkeit: Viel Lärm um nichts?

(Zürich, 1. Juni 2022) - foraus - Forum Aussenpolitik präsentiert seine neueste Publikation zur schweizerischen Europapolitik. Während der Zeitdruck steigt, eine Lösung für die Zukunft des bilateralen Weges zu finden, bleibt eine zentrale Frage unbeantwortet: wie weiter mit der Personenfreizügigkeit? Gerade über eine mögliche Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) der Europäischen Union (EU) und die damit verbundenen Befürchtungen des "Sozialtourismus" wurde in der Vergangenheit heftig gestritten. Mit den wiederaufgenommenen Gesprächen zwischen der Schweiz und der EU gewinnt die Frage einer UBRL-Übernahme erneut an Relevanz. Die juristische Analyse der Autor:innen Idris Abdelkhalek und Laura Zilio schafft nun Klarheit: Die Sorgen betreffend dieser umstrittenen Schlüsselforderung der EU sind weitgehend unbegründet. Verteidigt die Schweiz ihren Verhandlungsspielraum rational und pragmatisch, ist eine Deblockierung des Personenfreizügigkeitsdossiers möglich. Eine Übernahme der Richtlinie hätte "keine grundlegende Änderungen des Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA)" zur Folge.

Kein Paradigmenwechsel in der Personenfreizügigkeit

Die juristische Analyse kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: Entgegen den bisherigen Behauptungen, hätte eine allfällige Übernahme der Richtlinie nur begrenzt Auswirkungen auf das Personenfreizügigkeitsabkommen. "Die Auswirkungen der UBRL auf das FZA wurde von der Schweizer Politik und der Zivilgesellschaft stark übertrieben", betont Idris Abdelkhalek.

Die juristische Analyse zeigt auf, dass bei einer Anpassung des FZA die drei in den Diskussionen um das Institutionelle Abkommen umstrittenen Punkte 1) Gleichbehandlung aller Bürger:innen beim Zugang zur Sozialhilfe, 2) das Recht auf Daueraufenthalt, und 3) die Regeln über die Ausweisung von EU-Bürgern:innen, von der Schweiz nicht zwingend übernommen werden müssten. "Diese drei Entwicklungen gehen aus dem Konzept der Unionsbürgerschaft hervor und betreffen die Schweiz als Drittstaat nicht", betont Laura Zilio. Es wären lediglich Entwicklungen im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit innerhalb der UBRL, die eine Anpassung des FZA erfordern würden. EU-Bürger:innen ohne Einkommen oder Erwerbstätigkeit, Arbeitssuchende und EU-Bürger:innen in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts in der Schweiz hätten keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Allen EU-Bürger:innen würde nach fünf Jahren weder ein Daueraufenthaltsrecht in der Schweiz gewährt noch würden

sie weniger strikt aus der Schweiz ausgewiesen. Deshalb, so die Autor:innen, steht mit einer Übernahme der UBRL keine Paradigmenwechsel in der Personenfreizügigkeit bevor.

Will die Schweiz den bilateralen Weg dauerhaft sichern, muss sie die Debatte über die Personenfreizügigkeit deblockieren

Die Europäische Kommission, die sich mehr Klarheit über die Schweizer Position verschaffen möchte, hat dem Bund einen Fragekatalog überreicht. Die Übernahme der UBRL bleibt eine Schlüsselforderung der EU in den begonnenen "Sondierungsgesprächen". Wenn die Schweiz den bilateralen Weg dauerhaft sichern will, muss sie es schaffen, die Debatte über die Freizügigkeit zu deblockieren. Die vorliegende Publikation bietet mögliche Lösungsansätze für die bevorstehenden Verhandlungen. Mit einem rationalen und pragmatischen Ansatz, der sich auf den Text der Richtlinie stützt, verfügt die Schweiz über einen Verhandlungsspielraum, der es ihr ermöglicht, sowohl eine Erosion ihrer Beziehungen zur EU zu verhindern als auch die Befürchtungen eines Teils der politischen Klasse und der Zivilgesellschaft zu zerstreuen.

Zum Download der Publikation [«Directive citoyenneté de l'UE et libre circulation des personnes : beaucoup de bruit pour pas grand chose? »](#)

Kontakte:

Laura Zilio, Autorin und Co-Leiterin des foraus-Programms Migration
laura.zilio@foraus.ch | 058 465 93 78

Anna-Lina Müller, Co-Geschäftsführerin
anna-lina.mueller@foraus.ch | 076 528 28 83

Badenerstrasse 431
CH-8003 Zürich
+41 501 68 65
office@foraus.ch
www.foraus.ch

Über foraus - Forum Aussenpolitik

Der unabhängige Think Tank foraus publiziert wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen in Form von Diskussionspapieren, Kurzanalysen sowie Blogposts und veranstaltet hochkarätige Debatten mit dem Ziel, innovative Lösungen für die Aussenpolitik von morgen zu schaffen. foraus wurde 2009 gegründet und verfügt als gemeinnützige Grassroots-Organisation über ein umfassendes, schweizweites sowie internationales Netzwerk von Ehrenamtlichen.